

DIE KONSERVATIVE PARTEI IN DER BÜRGERLICHEN „ALLIANZ FÜR SCHWEDEN“

EINE NEUE VOLKSPARTEI?

Sven Jochem

Schweden wird in der Literatur als das modellhafte Beispiel einer sozialdemokratischen Hegemonie behandelt.¹ Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dominierte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (SAP) in enger Kooperation mit den mächtigen schwedischen Gewerkschaften die Innen- wie Außenpolitik. Grundlage hierfür war, dass sie es als einzige schwedische Partei erreichte, den Status einer gesamtgesellschaftlich integrierenden Volkspartei zu erlangen.² Spätestens mit dem politisch hart umkämpften Sieg in der Rentenpolitik im Jahre 1959 öffnete sich die Partei für weite Teile der Mittelschichten.³ Von einer reinen Arbeiterpartei mutierte die SAP endgültig zur hegemonialen Partei für alle Schweden und besetzte das Zentrum des schwedischen Parteiensystems. Eine beachtliche organisatorische Vielfalt ermöglichte die Integration unterschiedlichster Gesellschaftsschichten und ließ die SAP zu einer *catch-all*-Partei wachsen. In diese „goldene“ Zeit des schwedischen Modells fällt die Blütezeit des gemeinschaftlich-integrierenden Begriffes vom schwedischen „Volksheim“.⁴

Seit 2002 ereignet sich in dem kleinen Land im Norden Europas „Ungeheuerliches“. Während sich die SAP in der Endphase der Ära Göran Persson, dem langjährigen sozialdemokratischen Regierungschef, personell und ideell zu erschöpfen schien, steuerte die Konservative Partei Schwedens (M) in ihrer Programmatik deutlich nach links, ebnete die programmatischen Differenzen im bürgerlichen Lager ein und konnte als führende Kraft in der bürgerlichen „Allianz für Schweden“ am 17. September 2006 einen Regierungswechsel erreichen, der für die schwedische Nachkriegsgeschichte einmalig ist.

Ziel dieses Beitrages ist es, über die Bedeutung dieses Regierungswechsels aufzuklären sowie der Frage nachzugehen, ob die Konservative Partei Schwedens auf dem Weg ist, sich strategisch als neue Volkspartei in der Mitte der schwedischen Parteienlandschaft zu positionieren. Im Einzelnen soll im nächsten Abschnitt die historische Dynamik des schwedischen Parteienwettbewerbs skizziert und die Perspektive auf mögliche schwedische Volksparteien gelegt werden. Anschließend wird der Regierungswechsel von 2006 und insbesondere die veränderte politische Strategie der schwedischen Konservativen Partei analysiert. Der abschließende Abschnitt resümiert und führt die These weiter aus, dass sich die Konservative Partei Schwedens zwar in der Mitte des Parteienspektrums positioniert und sich tendenziell breiteren Wählerschichten programmatisch öffnet. Allerdings kann sie auf keine organisatorische Pluralität und institutionalisierte Brücken zur Gesellschaft aufbauen. Und letztlich scheint in der Wahlbevölkerung – und bei den politischen Konkurrenten – diese programmatische Öffnung als kurzfristig-strategisches Public-Relations-Manöver wahrgenommen zu werden, welchem das gegenwärtige Regierungshandeln widerspreche.

SCHWEDISCHE PARTEIEN IM WETTBEWERB – HISTORISCHE GRUNDLAGEN

Die Hegemonie der Sozialdemokraten im Parteien- und Regierungssystem kann aus historischer Perspektive auf die zersplitterte bürgerliche Parteienlandschaft zurückgeführt werden.⁵ Die SAP verstand es in der Nachkriegszeit geschickt, aus einer relativ starken, aber sehr selten die parlamentarische Mehrheit überschreitenden Position heraus die programmatischen und strategischen Unterschiede im bürgerlichen Lager für ihre Ziele auszunutzen. Auf der rechten Seite des Parteienspektrums wurde die Konservative Partei am rechten Rand nahezu isoliert, wohinge-

gen die nicht christlich, sondern agrarisch basierte Zentrumspartei sowie die liberale Volkspartei als klassische Mitte-Parteien zu Kooperationen mit der SAP bereit waren.

Ein wichtiger institutioneller Anreiz für eine solche Kooperationsneigung war im schwedischen Zweikammernsystem angelegt. Die Zusammensetzung der Oberen Kammer, die ein Vetorecht in der Gesetzgebung ausüben konnte, wurde faktisch durch lokale Wahlen und Wahlmänner bestimmt. Allerdings war die Legislaturperiode dort länger als in der Unteren Kammer; es wurden im Wahlturnus lediglich ein Achtel der Mandate neu bestellt. Dadurch konnte die SAP mit effektiver Verzögerung ihre hegemoniale Position just in dieser Oberen Kammer zementieren, politische Meinungsverschiebungen wurden durch diesen Verzögerungseffekt geglättet.⁶ Die Mitte-Parteien sahen – wie zum Beispiel bei der Rentenreform 1959 – ein, dass an einer solchermaßen institutionell abgesicherten Mehrheit der SAP im Oberhaus kein Weg vorbeiführte.

Die Verfassungsreform aus dem Jahre 1970 etablierte ein reines Einkammersystem in Schweden. Damit brach die institutionalisierte Machtbasis der SAP schlagartig zusammen. Seither ist es einzig die Mehrheit im unikameralen Reichstag, die über die Gestaltungsmacht im schwedischen Modell entscheidet. Dieses institutionelle Signal verstärkte die Bemühungen für eine stärkere Zusammenarbeit im bürgerlichen Lager.⁷ Tatsächlich konnten erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen 1976 und 1982 insgesamt fünf rein bürgerliche (und instabile) Koalitionen die schwedischen Regierungsgeschäfte leiten. In dieser Zeit zeigte sich, dass die gemeinsame programmatische Basis der drei bürgerlichen Parteien dünn und brüchig war. Während die Konservative Partei einen raschen und fundamentalen Wandel des schwedischen Wohlfahrtsmodells einforderte, waren die Mitte-Parteien in dieser Hinsicht zögerlicher und lehnten zudem die von der Konservativen Partei eingeforderten Steuersenkungen und Privatisierungen ab. Die Zentrumspartei profilierte sich lieber im Umweltschutz (Ablehnung der Kernenergie), wohingegen sich die liberale Volkspartei (noch) als Bewahrerin der Sozialpolitik darstellte.

Die 1980er Jahre standen erneut im Zeichen stabiler sozialdemokratischer Minderheitsregierungen unter Olof Palme beziehungsweise Ingvar Carlsson, die allerdings zunehmend mit der damals kommunistischen und heutigen linksozialistischen Partei im Gesetzgebungsprozess kooperierten (nach 1996 unter Göran Persson zunehmend auch mit der Grünen Par-

tei). Im bürgerlichen Lager wurden zwar einige programmatische Differenzen ausgeglichen. Allerdings zeigte sich bei der erneuten bürgerlichen Minderheitsregierung unter Carl Bildt zwischen 1991 und 1994 die weiterhin bestehende Uneinigkeit im bürgerlichen Lager. Zudem musste diese bürgerliche Koalition erfahren, dass sie im ökonomischen Krisenmanagement entweder auf die Kooperation mit den Sozialdemokraten setzen oder sich auf eine (schwerlich kalkulierbare) Kooperation mit der rechtspopulistischen und programmatisch flatterhaften Protestpartei (*NyDemokrat*) einlassen musste.

Nach erneuter sozialdemokratischer Dominanz zwischen 1994 und 2006 unter Ingvar Carlsson und Göran Persson schälte sich immer stärker eine deutliche Block- oder Lagerlogik im Parteienwettbewerb heraus. Die Sozialdemokraten kooperierten bei der Gesetzgebung einzig mit den Parteien im linken Block. Dies führte nach der Wahl von 2002 so weit, dass beständig Vertreter der beiden offiziellen Oppositionsparteien in die Arbeit der sozialdemokratischen Regierungskanzlei integriert wurden. Und obwohl der Regierungs- und Parteichef Göran Persson im Hinblick auf die Machtarithmetik im Parlament auf eine Stützpartei hätte verzichten können, setzten er und die SAP bewusst auf eine breite Kooperationsbasis. Diese Blocklogik wurde abgesichert durch die in der Öffentlichkeit dominierende Auffassung, dass die Sozialdemokraten eine höhere Regierungskompetenz besäßen. Strategisch geschickt nutzte die SAP wiederholt die Uneinigkeit im bürgerlichen Lager aus.

DIE REICHSTAGSWAHL 2006 – ANALYSE EINER HISTORISCHEN ZÄSUR

Bereits der Reichstagswahl 2002 kam eine besondere Brisanz zu. Die Konservative Partei konnte 1998 mit über 22 Prozent der Stimmen das beste Wahlergebnis seit 1982 erzielen, wohingegen die SAP mit nur 36,6 Prozent der Stimmen auf einen (bis dato) historischen Tiefstand absackte. Die Zeit schien also „reif“ für einen Machtwechsel. Dieser Eindruck bestärkte sich in Meinungsumfragen bis zum Ende des Jahres 2001, in dem die Konservative Partei Werte von über 25 Prozent erreichte.⁸ Sie profilierte sich unter der Führung von Bo Lundgren als kompromisslose Steuersenkungspartei. Aber: Im Wahlkampf 2002 war der bürgerliche Block – wie gewohnt – programmatisch gespalten. Die Konservative Partei dominierte zwar im bürgerlichen Lager, ihrer Elite wurde jedoch keine Sympathie von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung entgegengebracht.⁹

Die SAP konnte die Wahl im September 2002 entgegen dem Trend der Meinungsumfragen mit fast 40 Prozent der Stimmen deutlich für sich entscheiden. Einen Einbruch erlitt vor allem die Konservative Partei, die lediglich 15,3 Prozent der Stimmen erreichte, während ihr noch eine Woche vor der Wahl von der schwedischen Meinungsforschung ein Ergebnis von über 21 Prozent prognostiziert wurde. Für die Liberale Volkspartei (FP) zahlte sich hingegen ihre (rechts-)populistische Profilierung auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik aus: Sie erlangte 13,3 Prozent der Wählerstimmen und rückte im Wahlergebnis als zweite bürgerliche Kraft nahe an die Konservative Partei heran. Insgesamt fiel das Wahlergebnis deutlich zugunsten der drei Parteien im linken Lager aus. Mit 33 Sitzen Mehrheit für den Linksblock konnte die SAP sicher im unikameralen Reichstag regieren.

Die Niederlage der Konservativen Partei bei der Reichstagswahl 2002 führte zu personellen Konsequenzen und einer Verkleinerung sowie personellen Straffung der Parteizentrale. Viele Vertreter der Parteiführung traten unmittelbar nach der Wahl zurück. Der Vorsitzende Bo Lundgren verteidigte sich noch gegen parteiinterne Kritik; auf dem Parteikongress am 25. Oktober 2003 wurde er jedoch von Fredrik Reinfeldt als Parteivor-sitzender abgelöst. Unmittelbar nach Amtsantritt forcierte der ehemals streng libertäre Konservative¹⁰ eine vollständige programmatische Umkehr der Konservativen Partei. Ähnlich wie *New Labour* in Großbritannien wurde die Konservative Partei in „Neue Konservative Partei“ umbenannt (*nya moderaterna*). Das Ziel weitreichender Steuersenkungen ließ die Partei ebenso fallen, wie die politische Rhetorik insgesamt entschärft wurde. Fredrik Reinfeldt selbst spitzte diese Veränderung in der Aussage zu, die Konservative Partei sei jetzt die „neue Arbeiterpartei“.

Dass die Minderheitsregierung der SAP bis zum Ende der Legislaturperiode durchhielt ist ebenso bekannt wie der Ausgang des EU-Referendums, in dem die schwedische Bevölkerung 2003 mit 55,9 Prozent gegen die Einführung des Euro votierte (bei einer Wahlbeteiligung von 82,6 Prozent).¹¹ Wichtiger als diese Niederlage der SAP-Führung war jedoch die Ermordung der Außenministerin und engagierten Euro-Befürworterin Anna Lindh am 10. September 2003 in der Stockholmer Innenstadt. Anna Lindh war als Nachfolgerin für Ministerpräsident Göran Persson ausersehen. Tatsächlich wurde durch dieses Attentat eine fließende Amtsübergabe erschwert, da der „präsidentielle“ Regierungschef¹² Göran Persson, der auf einen kompromisslosen Führungsstil und die Inszenie-

nung seiner Persönlichkeit Wert legte,¹³ keine anderen Führungspersönlichkeiten als fähig für dieses Amt ansah. Mit der Ermordung von Anna Lindh wurde ein geräuschloser Führungswechsel innerhalb der SAP unmöglich.

Während die SAP nach der Ermordung von Anna Lindh von Trauer und einer schwelenden Führungskrise erfasst schien, geschah im bürgerlichen Lager ein historisch zu bezeichnendes Ereignis. Fredrik Reinfeldt veränderte nicht nur die Programmatik der Konservativen Partei, er schickte sich auch an, ein Grunddilemma bürgerlicher Politik in Schweden zu beheben: die parteipolitische Zersplitterung.¹⁴ Im August 2004 forderte er im so genannten „Vaxholm-Brief“ die Führungen der bürgerlichen Parteien zu einer stärkeren Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Wahlplattform auf, was im Frühling 2005 zur Vereinbarung von Bankeryd sowie zur erstmaligen institutionalisierten Zusammenarbeit aller großen bürgerlichen Parteien führte.

Die „Allianz für Schweden“ hatte nur ein Ziel: den Machtwechsel 2006.¹⁵ In sechs Arbeitsgruppen wurden zentrale Bereiche wie Wohlfahrt, Wirtschaft, innere Sicherheit und Außenpolitik ausgehandelt. Zwar wurden die notorischen Streitpunkte im bürgerlichen Lager keineswegs alle gelöst, zum Teil erfolgte eine Kaschierung weiterhin bestehender Differenzen, aber es gab auch Annäherungen und Innovationen: Die Konservative Partei¹⁶ schraubte ihre radikalen Steuersenkungspläne zurück, die Christdemokraten formulierten ihre wertkonservativen Forderungen zurückhaltender, die Zentrumsparterie schwächte ihr Veto gegen einen weiteren Ausbau der Kernenergie ab und die Liberale Volkspartei (FP) verzichtete schließlich auf eine aggressive Thematisierung der Einwanderungspolitik. Häufig präsentierten sich im Wahlkampf 2006 die vier bürgerlichen Parteiführer mit einer Geschlossenheit, die vor dem Hintergrund der Jahrzehnte währenden Querelen mitunter unreal anmutete. Wahlstrategisch versuchte die bürgerliche Allianz zudem, in den Kernlanden der Sozialdemokratie zu wildern: bei der Beschäftigungs- und Wohlfahrtspolitik. Fredrik Reinfeldt brachte es auf folgenden Punkt: „Was auch immer die Sozialdemokraten im Bereich der Wohlfahrt, der Schule und Fürsorge vorschlagen, wir werden mehr vorschlagen“.¹⁷

Die größte Gefahr für die bürgerliche Machtwechselstrategie bestand 2006 darin, in eine ähnliche Situation zu gelangen wie zwischen 1991 und 1994, als sich eine rechtspopulistische Protestpartei als Zünglein an

der Waage zwischen den Blöcken etablieren konnte. Tatsächlich vereinigte bereits im Jahre 2002 eine neue rechtspopulistische Partei, die Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna*, SD), landesweit 76.300 Stimmen auf sich, allerdings ohne in die Nähe der Vier-Prozent-Hürde zu gelangen. Die SD hat ein genuin rechtspopulistisches Programm: eine verschärfte Immigrationspolitik, eine wohlfahrtsstaatliche Politik für die Einheimischen sowie eine Ablehnung der europäischen Integration. Dieser Partei wurde viel Aufmerksamkeit im Wahlkampf zuteil, einige Umfragen sahen die Partei bereits nahe der Vier-Prozent-Hürde. Bei der Wahl kam die Partei landesweit schließlich auf 2,9 Prozent. Im Süden Schwedens, in Skåne, erreichte sie in einer Kommune gar ein zweistelliges Wahlergebnis (*Bjuvs kommun*). Insgesamt fehlten der Partei ungefähr 60.000 Stimmen zum Einzug in den Reichstag.¹⁸

Erstaunlicherweise gelang es der bürgerlichen Allianz, in der ureigenen sozialdemokratischen Frage erfolgreicher Beschäftigungspolitik zu punkten. Mit Nachdruck konnten die bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit weiterer Arbeitsmarktreformen und einer weiteren Beschäftigungssteigerung der Wahlbevölkerung vermitteln, wohingegen sich die SAP darauf fokussierte, die bisherigen Erfolge zu betonen.¹⁹ Mit diesem strategischen Schachzug stellte sich die bürgerliche Allianz als aktive Reformkraft in der öffentlichen Debatte dar, wohingegen die Sozialdemokraten in die Defensive gerieten.

Der Wahlkampf stand zudem im Zeichen der Tsunami-Katastrophe vom 26. Dezember 2004. Für schwedische Urlauber war Thailand zum „neuen Mallorca“ avanciert. Ersten Meldungen zufolge waren insgesamt 2.000 Schweden als vermisst gemeldet (dies hätte in Relation ungefähr 16.000 bundesdeutschen Urlaubern entsprochen). Mit den letztlich 543 schwedischen Todesopfern wurden zwar die ersten Befürchtungen relativiert. Während die schwedische Außenministerin Laila Freivald aber nach den ersten Katastrophenmeldungen noch in die Oper ging und sich Ministerpräsident Göran Persson völlig aus den Regierungsgeschäften zurückgezogen hatte, reagierten andere Länder bereits mit Hilfsmaßnahmen. Insbesondere die finnische Regierung reagierte zügiger und mit deutlich stärkerer Präsenz.

Das Krisenmanagement der Sozialdemokraten wurde seither intensiv kritisiert und von einer parlamentarischen Kommission heftig verurteilt. Noch nie in der schwedischen Geschichte brandmarkte eine Parlaments-

kommission die Handlungsweise einer Regierung mit solch scharfen Worten.²⁰ Die politische Verantwortung übernahm Leila Freivald erst im April 2006. Kurz vor der heißen Phase des Wahlkampfes trat sie von ihrem Amt zurück. Im Wahlkampf wurde immer stärker auf die Führungsqualitäten beider Spitzenkandidaten abgehoben. Dies entsprach der Strategie der SAP, die von Beginn an Göran Persson in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes setzte. Angeschlagen durch die lange Amtszeit, das Missmanagement der Tsunami Katastrophe und den Kauf einer feudalen Landhausvilla im Wert von über 1,3 Millionen Euro²¹ geriet Göran Persson zusehends in öffentliche Missgunst.

Auf der anderen Seite gelang es Fredrik Reinfeldt, sich als ein um Ausgleich bemühter Staatsmann zu präsentieren. Insbesondere in den Fernsehduellen unmittelbar vor der Wahl konnte der Spitzenkandidat der Konservativen Partei wiederholt den bestimmenden Führungsstil von Persson an den Pranger stellen. Gegen Ende des Wahlkampfes zeigte sich deutlich, dass sich der „präsidientielle“ Regierungsstil von Göran Persson negativ gegen ihn selber richtete, wohingegen der agile Herausforderer Fredrik Reinfeldt einen pragmatischen Stil ohne rhetorische Spitzen pflegte.²²

Im Schlussspurt des Wahlkampfes drohte ein Skandal die bürgerlichen Chancen zunichte zu machen. Mitarbeiter der Liberalen Volkspartei (FP) verschafften sich Zugang zum zentralen Rechner der Sozialdemokraten, um dort die Planung des weiteren Wahlkampfes auszuspionieren. Als dies bekannt wurde, erstattete die SAP Anzeige gegen die FP. Ein juristischer Prozess mit großer medialer Resonanz prägte die letzten Tage des Wahlkampfes. In dieser Zeit brach die Unterstützung für die FP in der Wählerschaft ein. Dieser Skandal, nach dem Namen des Vorsitzenden der FP als „Leijongate“ in den Medien titulierte, reduzierte zwar deutlich das Wahlergebnis für die FP, allerdings schwenkten die meisten Sympathisanten der Liberalen Volkspartei auf andere bürgerliche Parteien um, insbesondere auf die Konservative Partei.

Mit einer im Vergleich zur Wahl von 2002 nochmals leicht angestiegenen Wahlbeteiligung konnte die bürgerliche Allianz den Blockwettkampf knapp für sich entscheiden. Im Parlament besitzt sie einen Vorsprung von sieben Sitzen, der allerdings deutlich geringer ist als die Mehrheit des linken Lagers nach 2002. Gewinnerin der Wahl war mit 26,2 Prozent der Stimmen die Konservative Partei (2002: 15,2 Prozent), wohingegen die Libe-

rale Volkspartei aufgrund des Skandals von 13,3 Prozent (2002) auf 7,5 Prozent absackte. Die SAP erreichte mit 35 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte (2002: 39,8 Prozent). Und während sich die Grüne Partei leicht auf 5,2 Prozent verbessern konnte, verlor die Linkspartei mit 5,9 Prozent deutlich an Rückhalt (2002: 8,3 Prozent). Interessante Rückschlüsse auf das Wahlverhalten offenbaren die Wählerwanderungen zwischen den Wahlen von 2002 und 2006. Für die SAP ist zu berichten, dass sie Stimmen nach links und rechts verlor. Dass allerdings insgesamt acht Prozent der ehemaligen SAP Wähler – insbesondere aus steuerpolitischen Gründen²³ – zur Konservativen Partei wechselten, stellt einen historisch einmalig großen Abwanderungsprozess dar. Im Jahr 2002 verließen zum Beispiel nur zwei Prozent der SAP Wähler von 1998 „ihre“ Partei in Richtung Konservativer Partei.²⁴

Bei der Besetzung der Ministerien sticht ins Auge, dass die Konservative Partei mit elf von 22 Kabinettsitzen ihre Hegemonie im bürgerlichen Lager zementieren konnte. Nicht nur von der Zahl her ist diese Partei in der Regierung dominierend, auch die für die Wiederwahl neuralgischen Ministerien befinden sich in der Hand der Konservativen Partei: das Außen-, Finanz-, Verteidigungs-, Justiz- sowie Arbeitsmarktministerium. Mit jeweils vier Kabinettsitzen für die Zentrumspartei sowie die Liberale Volkspartei und drei Sitzen für die Christdemokraten wurde ein Proporz angewandt, der der Zentrumspartei nicht gänzlich ihren Wahlerfolg goutiert und die Liberale Partei durchaus verhältnismäßig überrepräsentiert. Immerhin konnte Maud Olofsson als Vorsitzende der Zentrumspartei und Wirtschaftsministerin die Phalanx der konservativen Ministerien durchbrechen.

Der Auftakt der neuen bürgerlichen Regierung verlief nicht unproblematisch. Während das erste bürgerliche Budget vorbereitet wurde, deckte die schwedische Presse nach und nach einzelne Skandale verschiedener Minister auf. Insbesondere die Kultur- sowie die Handelsministerin gerieten unter Druck, da bekannt wurde, dass beide über Jahre keine Rundfunkgebühren entrichtet hatten. Letztlich führten diese Vorwürfe in der Öffentlichkeit dazu, dass sowohl Cecilia Stegö Chilò als auch Maria Borelius rasch von ihren Ämtern zurücktraten und von Lena Adelsohn Liljeroth respektive Sten Tolgfors ersetzt wurden. Im Dezember 2006 geriet auch Außenminister Carl Bildt in die Kritik, der seit Dezember 2001 im Vorstand der Vostok Nafta AG, einer Tochter-AG von Gazprom, beschäftigt war. Er besaß 2.000 Aktien und insgesamt 15.000 Optionsscheine dieser

Aktiengesellschaft. Von Beginn an wurden in der Öffentlichkeit mögliche Interessenkonflikte aus dieser Vermögensverflechtung des Außenministers kritisch diskutiert. Als Carl Bildt im Dezember 2006 seine Optionscheine einlöste und einen Gewinn von 4,8 Millionen Kronen realisierte (rund 500.000 Euro), geriet er in heftigste Kritik. Im Januar 2007 wurde schließlich ein Untersuchungsausschuss eingerichtet, in dem die Interessenverflechtungen des Außenministers untersucht werden.²⁵

Die rigide Haushaltspolitik der Allianz führte im Sommer 2007 zu einer weiteren Krise innerhalb der Koalition. Da die Mittel für die Landesverteidigung deutlich abgesenkt werden sollten, trat der konservative Verteidigungsminister Mikael Odenberg (*Moderata samlingspartiet, M*) aus Protest zurück. Ein Schritt, welcher die Spannungen innerhalb der Konservativen Partei blitzlichtartig erhellte, da just die Frage der Verteidigungspolitik von der Konservativen Partei im Wahlkampf als eine wichtige Zukunftsaufgabe stilisiert wurde. Weitere von der veröffentlichten Meinung erzwungene Rücktritte in der Regierungskanzlei lassen die strategische Regierungsfähigkeit der Konservativen Partei sowie der Allianz in ihrer Gesamtheit als politisches Thema immer wieder in der öffentlichen Debatte aufleuchten – was von der SAP selbstverständlich ausgenutzt wird.²⁶

Diese „Schwächen“ der bürgerlichen Allianz werden nicht nur von der SAP ausgenutzt. Sie schlagen sich auch in den Meinungsumfragen nieder. Jüngere Untersuchungen zeigen, dass seit der Reichstagswahl 2006 die Umfragewerte für die SAP bis zum Oktober 2007 deutlich angestiegen sind. Für die Sozialdemokraten wird ein Anstieg der Unterstützung um 9,3 Prozentpunkte berichtet, für die Konservative Partei ein Rückgang um 2,8 Prozentpunkte. Bedrohlich für die Allianz ist, dass die Christdemokraten exakt auf der entscheidenden Vier-Prozent-Hürde verortet werden. Insgesamt muss die bürgerliche Allianz einen Verlust von acht Prozentpunkten hinnehmen, wohingegen die Linksparteien um neun Prozentpunkte zulegen und damit wieder eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich bringen könnten.²⁷

Weitere schlechte Nachrichten für die Konservative Partei fördert die Meinungsforschung zutage, wenn die Problemlösungskompetenz der Parteivorsitzenden erfragt wird. Während Fredrik Reinfeldt hinsichtlich der außenpolitischen Kompetenz deutlich vor der am 17. März 2007 neu gewählten Vorsitzenden der SAP, Mona Sahlin, rangiert, schwindet seine

innenpolitische Kompetenz in der Meinung der Wahlbevölkerung deutlich. Dies betrifft vor allem die Frage, wer eine bessere Zukunft für die schwedische Bevölkerung erreichen könnte (Werte für Oktober 2007: 34 Prozent für Reinfeldt versus 51 Prozent für Sahlin). Auch bei der Benotung der Regierungsführung büßt Reinfeldt seinen Vorsprung ein. Hier sinken die Werte für Reinfeldt von 53 Prozent (März 2007) auf 48 Prozent (Oktober 2007), wohingegen Sahlin im selben Zeitraum aufholen kann (von 31 Prozent auf 37 Prozent). Für die Interpretation dieser Daten ist die Beobachtung bedeutsam, dass Reinfeldt gegen Persson just in dem Bereich vor der Wahl punkten konnte, in dem jetzt Sahlin einen deutlichen Vorsprung erreicht hat: der zugetrauten Verbesserung der Lebensverhältnisse in Schweden. Reinfeldts Stärke im Wettbewerb mit Persson wandelte sich also innerhalb eines Jahres zur Schwäche im Wettbewerb mit Sahlin.²⁸

Fügt man diese Teile zu einem Bild zusammen, dann ist die Zukunft für die bürgerliche Allianz sowie die Konservative Partei prekär. Die beeindruckende programmatische Nejustierung der Konservativen Partei sowie des rechten Lagers insgesamt ermöglichte den Regierungswechsel im Jahr 2006. Dadurch konnten diese Parteien die Regierungsmacht erlangen. Allerdings offenbart die Koalition deutliche Probleme bei der Regierungsfähigkeit – zumindest wird dies so in der Öffentlichkeit wahrgenommen und so auch von der SAP im parteipolitischen Wettbewerb herausgestellt.

FAZIT: AUF DEM WEG ZU EINER NEUEN VOLKSPARTEI?

Die „neue“ Konservative Partei hat nach 2002 die Logik der schwedischen Politik von Grund auf verändert. Durch die programmatische Nejustierung schwenkte die Partei deutlich nach links und konnte gleichzeitig die jahrzehntelang vorhandene programmatische Uneinigkeit im bürgerlichen Lager überwinden. Die „Allianz für Schweden“ ist Resultat einer weitgehend gewandelten Konservativen Partei – und ein persönlicher Erfolg für Fredrik Reinfeldt.²⁹

Die Konservative Partei entschärfte ihre politische Rhetorik und profiliert sich nicht mehr als resolute Steuersenkungspartei. Im Gegenteil wird jetzt das Bild einer „neuen Arbeiterpartei“ propagiert. Während sich die Programmatik öffnet und potentiell neue Wählergruppen angesprochen werden, ist jedoch die organisatorische Verankerung der Partei in der

Gesellschaft lückenhaft. Die Konservative Partei besitzt sehr enge Verbindungen zum schwedischen Arbeitgeberverband, allerdings konnte sie bislang weder Kontakte zu den schwedischen Gewerkschaften aufbauen, noch innerhalb der Partei nennenswerte Organisationen hierfür schaffen.³⁰ Die Konservative Partei strebt nach Stimmen der politischen Mitte, die organisatorischen Ressourcen hierfür sind jedoch (noch) nicht vorhanden.

Kurz nach der Reichstagswahl im Jahr 2006 wurde über die Gründung einer bürgerlichen Volkspartei bestehend aus den vier Allianz-Parteien spekuliert. Der Politologe Tommy Möller zum Beispiel sah dies als einen konsequenten Schritt an, worin ihm viele Parteianhänger folgten. Allerdings stellten Fredrik Reinfeldt sehr rasch sowie die Generalsekretäre der vier Parteien geschlossen dann im Mai 2007 klar, dass die Zusammenarbeit in der Allianz nicht zu Parteifusionen führen soll. Die Hegemonie der Konservativen Partei bei der Vergabe der Ministerien sowie die personellen Affären innerhalb der Konservativen Partei vermehrten seit Herbst 2006 innere Spannungen in der Allianz. Die Errichtung einer schwedischen Volkspartei, emporwachsend aus den vier bürgerlichen Allianz-Parteien, steht nicht auf der politischen Tagesordnung.³¹

Die Konservative Partei hingegen hat weiterhin das Bestreben, zu einer solchen Volkspartei zu werden. Die programmatische Kehre hin zu einer „neuen Arbeiterpartei“ wird vom schwedischen Politologen Bo Rothstein als ultimativer Sieg der Arbeiterbewegung angesehen. Die Konservative Partei habe das sozialdemokratische Fundament des schwedischen Modells programmatisch akzeptiert und ziele jetzt auf diesem Boden aufbauend auf eine hegemoniale Stellung im Parteiensystem ab.³²

Diese Interpretation übersieht, dass mitunter die pro-sozialstaatliche Rhetorik der Konservativen Partei durch Regierungshandeln konterkariert wird. Die deutlichen Anhebungen der Beiträge für die Arbeitslosenversicherungen führen zu einer Flucht aus diesen Sicherungssystemen, was die Gewerkschaften als Träger dieser Versicherungen schwächt.³³ Zudem zeigen Untersuchungen, dass von den erfolgten (moderaten) Steuererhöhungen vor allem die Bezieher höherer Einkommen profitieren.³⁴ Die Erhöhung der Benzinsteuern und andere Maßnahmen führen dazu, dass nicht nur die unteren Einkommensschichten die bürgerliche Regierung als finanzielle Belastung interpretieren, sondern zunehmend auch die ökonomischen Mittelschichten.

Jüngst hat die Vorsitzende der SAP, Mona Sahlin, diese Punkte vehement in der öffentlichen Debatte aufgenommen und die bürgerliche Allianz sowie insbesondere die Konservative Partei eines historisch einzigartigen „Betruges“ gegenüber den Wählern angeklagt.³⁵ Die Meinungsumfragen zeigen, dass sie mit einer solchen konfrontativen Strategie in der Öffentlichkeit durchaus Rückhalt für die SAP erreichen kann. Auch aus dieser Perspektive erscheint die Strategie der Konservativen Partei prekär. Eine neue Volkspartei der Mitte mit einem Stimmenpotential von über 30 Prozent ist sie gegenwärtig nicht. Hier wird die Parteiführung der Konservativen Partei die Koordination der Regierungspolitik verbessern, die Interessen der mittleren Einkommensschichten stärker berücksichtigen und insbesondere das Verhältnis zu den mächtigen Gewerkschaften Schwedens entkrampfen müssen. Wenn eine Volkspartei die politische Mitte programmatisch, organisatorisch und mit einem großen Wählerückhalt besetzen soll, dann gelang der Konservativen Partei auf beeindruckende Weise ein erster Schritt hin zu diesem Ziel im Wahlkampf 2006. Hier steht nicht die Frage zur Disposition, ob Volksparteien in Europa überhaupt eine Zukunft haben.³⁶ Aber für die schwedische Konservative Partei ist seit 2006 die Wahrscheinlichkeit eher gesunken als gestiegen, dass sie diese strategisch wichtige Mitteposition im Parteienwettbewerb wird verteidigen und die Hegemonie der SAP mittelfristig wird beenden können.

- 1] Vgl. für viele Esping-Andersen, *Gøsta: Politics Against Markets: The Social Democratic Road to Power.* – Princeton: Princeton University Press, 1985; Merkel, Wolfgang u.a.: *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa.* – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.
- 2] *Der Begriff der „Volkspartei“ ist schillernd und nur schwer sozialwissenschaftlich exakt zu bestimmen. In diesem Beitrag wird eine Partei – in Anlehnung an die Schriften Otto Kirchheimers – als Volkspartei dann angesehen, wenn sie eine dominante Größe im Parlament erreicht, sie Wähler aus unterschiedlichen Schichten erfolgreich mobilisiert, eine ideologisch diffuse bzw. auf die Mitte der Gesellschaft abzielende Programmatik verfolgt und sich somit als Vertreterin der gesamten Gesellschaft im politischen Wettbewerb darstellt. Hier soll nicht auf die Kritik an diesem Konzept eingegangen werden (vgl. hierzu Wiesendahl, Elmar: *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien.* – Opladen; Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998; ders.: *Mitgliederpartei am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion.* – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006).*
- 3] Svensson, Torsten: *Socialdemokratin dominans: En studie av den svenska socialdemokratin partistrategi.* – Stockholm: Almqvist & Wiksell, 1994. – (Acta Universitatis Upsaliensis; 120).

- 4| Jochem, Sven: *Wohlfahrtspolitik in Schweden: Die kulturellen Grundlagen des „Volksheims“ im Wandel*. In: Institut für Christliche Sozialwissenschaften (Hrsg.): *Europäische Wohlfahrtsstaatlichkeit. Soziokulturelle Grundlagen und religiöse Wurzeln*. – Münster: Aschendorff Verlag, 2005. – S. 255-269. – (Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften; 46).
- 5| Castles, Francis: *The Social Democratic Image of Society. A Study of the Achievements and Origins of Scandinavian Social Democracy in Comparative Perspective*. – London: Routledge & Kegan Paul, 1978.
- 6| Immergut, Ellen M. / Jochem, Sven: *The Political Frame for Negotiated Capitalism: Electoral Reform and Reactions to Crisis in Japan and Sweden*. In: *Governance*, 19 (2006) 1, S. 99-133.
- 7| Möller, Tommy: *Borgerlig samverkan*. – Uppsala: Diskurs Förlag, 1986.
- 8| Vgl. hierzu und zu den folgenden Analysen der Reichstagswahl 2006 mit weiteren Literaturverweisen Jochem, Sven: *Die Reichstagswahl 2006 als Zäsur der schwedischen Parteiengeschichte*. In: *Nordeuropaforum*, 2 (2006), S. 5-24. – (<http://www.nordeuropaforum.de>). Siehe ebenso Pfeil, Florian: *Regierungswechsel in der Hochburg der Sozialdemokratie: Die Wahlen zum Schwedischen Reichstag vom 17. September 2006*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 4 (2006), S. 763-777.
- 9| Widfeldt, Anders: *The Parliamentary Election in Sweden, 2002*. In: *Electoral Studies*, 22 (2003), S. 778-784.
- 10| Für seine Kritik am schwedischen Modell vgl. Reinfeldt, Fredrik: *Det sovande folket*. – Stockholm: Moderata ungdomsförbundet, 1993.
- 11| Oscarsson, Henrik / Holmberg, Sören (Hrsg.): *Kampen om euron*. – Göteborg: Statsvetenskapliga institutionen, Göteborgs universitet, 2004.
- 12| Zum Begriff des präsidentiellen Regierens vgl. Poguntke, Thomas (Hrsg.): *The Presidentialization of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies*. – Oxford u.a.: Oxford University Press, 2005.
- 13| Göran Persson wurde auf das Kürzel „HSB“ gebracht: „Han som bestämmer“, also „Derjenige, der bestimmt“. Vgl. Andersson, Jan: *Perssons felaktiga strategi bakom partiets valförlust*. In: *Dagens Nyheter* vom 4. Oktober 2006 – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=577504&previousRenderType=2> [17. Januar 2008].
- 14| Vgl. Möller: *Borgerlig samverkan*. – (Fn. 7).
- 15| Die Webseite der bürgerlichen Allianz nannte sich „Machtwechsel06“ (<http://www.maktskifte06.se>), wurde jedoch nach der Wahl in „Allianz für Schweden“ umbenannt (<http://www.alliansforsverige.se>).
- 16| Während die Christdemokraten, die Zentrums- und die Liberale Volkspartei noch eigene Wahlplattformen im Wahlkampf 2006 anfertigten, bestritt die Konservative Partei einzig mit dem Wahlprogramm der bürgerlichen Allianz ihren Wahlkampf.
- 17| Das Zitat entstammt von Rothstein, Bo: *Valet en triumf för socialdemokraterna*. In: *Dagens Nyheter* vom 20. September 2006. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=574004&previousRenderType=2> [17. Januar 2008].
- 18| Vgl. „Sd får 45 miljoner i partistöd.“ In: *Dagens Nyheter* vom 21. September 2006. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=2390&a=574408&previousRenderType=2> [3. März 2008].
- 19| Schweden besitzt einen der höchsten Beschäftigungsgrade in Europa. Für uns in Mitteleuropa mag daher diese programmatische Ausrichtung der bürgerlichen Partei etwas erstaunlich erscheinen.

- 20| Konstitutionsutskottets betänkande 2005/06:KU8: *Regeringens krisberedskap och krishantering i samband med flodvägskatastrofen 2004*. Vgl. Lewin, Leif: *Ytterkantspolitik ger minskat politikerförakt*. In: *Dagens Nyheter* vom 19. September 2006. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?a=573749> [17. Januar 2008].
- 21| Die Kritik an diesem teuren Eigenheim verstärkte sich, als Verdachtsmomente publiziert wurden, denen zufolge Verstöße gegen den Arbeitsschutz beim Umbau des Hauses in Kauf genommen wurden, vgl. *Dagens Nyheter* vom 11. Mai 2006.
- 22| Vgl. Ruin, Olof: *Perssons ledarstil förvänar*. In: *Dagens Nyheter* vom 19. November 2005. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=490104&previousRenderType=1> [17. Januar 2008]. Die Spitzenkandidaten entschieden zu einem guten Teil die Wahl. Während über 77 Prozent der M-Wähler Fredrik Reinfeldt als äußerst wichtig für ihre Wahlentscheidung anführten, waren dies bei den SAP-Wählern nur rund 51 Prozent (vgl. „Så valde olika grupper.“ In: *Dagens Nyheter* vom 18. September 2006).
- 23| Vgl. Bäckström, Urban: *Sex av tio väljare bytte block på skattefrågan*. In: *Dagens Nyheter* vom 7. August 2007. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=677877> [17. Januar 2007].
- 24| Vgl. zu den Details und Quellen Jochem: *Reichstagswahl 2006*. – S. 5-24. – (Fn. 8).
- 25| Vgl. „Bildt välkomnar utredning av optionsaffärerna.“ In: *Dagens Nyheter* vom 8. Januar 2007.
- 26| Vgl. Möller, Tommy: *Reinfeldts regeringskris ett dubbelt misslyckande*. In: *Dagens Nyheter* vom 6. September 2007. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=689134> [17. Januar 2008]; sowie ders.: „Statsministern fallerar i rekryteringsfrågor-na.“ In: *Dagens Nyheter* vom 2. November 2007.
- 27| Vgl. Källebring, Nicklas: *Synovates väljarbarometer*. In: *Synovate Temo* vom 24. Oktober 2007. – http://www.temo.se/upload/Synovate_24okt_2007.pdf [17. Januar 2008].
- 28| Källebring, Nicklas: *Sahlin vs Reinfeldt*. In: *Synovate Temo* vom 5. Oktober 2007. – <http://www.temo.se/upload/114580r.pdf> [17. Januar 2008].
- 29| Reinfeldt, Fredrik: *Jag känner mig som far till alliansen*. In: *Dagens Nyheter* vom 19. September 2006. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=2390&a=574087&previousRenderType=6> [18. Januar 2008].
- 30| Im Gegenteil hat die Politik der Regierung die schwedischen Gewerkschaften zu vehemente Kritik geführt. Die Vorsitzende des mächtigen Gewerkschaftsdachverbandes Schwedens (LO) kündigte bereits vehemente Protestaktionen an. Vgl. Lundby-Wedin, Wanja: *Konflikt följd av nya regeringens politik*. In: *Dagens Nyheter* vom 22. September 2006. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?a=574591> [18. Januar 2008].
- 31| „Schlingmann, Per (M), Flanking, Anders (C), Ullenhag, Erik (FP), Sjögren, Lennart (KD): *Alliansens fyra partier ska utvecklas vart för sig*.“ In: *Dagens Nyheter* vom 3. Mai 2007.
- 32| Rothstein: *Valet en triumf för socialdemokraterna*. – (Fn. 17).
- 33| Vgl. „Skattesänkningar för 42 miljarder.“ In: *Svenska Dagbladet* vom 16. Oktober 2006 (www.svd.se). Gegen die Reform der Arbeitslosenversicherung klagt die Linkspartei vor dem Verfassungsausschuss („konstitutionsutskottet“) („Vi KU-anmäler regeringen om ändringarna i a-kassan.“ In: *Dagens Nyheter* vom 28. Oktober 2006), die Angestelltengewerkschaft TCO klagt diesbezüglich vor dem EuGH („Vi anmäler a-kasseförslaget till EU.“ In: *Dagens Nyheter* vom 31. Oktober 2006). Die Klagen werden im ersten Fall durch vermeintliche Verstöße im schwedischen Remiss-System begründet, im anderen Fall mit vermeintlichen Verstößen gegen die Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

- 34| Zum Beispiel *Dagens Nyheter* vom 16. Oktober 2006; *Dagens Nyheter* vom 2. April 2007, *Dagens Nyheter* vom 19. September 2007.
- 35| Sahlin, Mona: *Reinfeldts falskhet ett historiskt svek*. In: *Dagens Nyheter* vom 25. November 2007. – <http://www.dn.se/DNet/jsp/polopoly.jsp?d=572&a=718646> [17. Januar 2008].
- 36| Vgl. hierzu Wiesendahl: *Mitgliederpartei am Ende?* – (Fn. 2).